

Zur Vereinheitlichung der Wechselkurse

Die österreichische Nationalbank hat im Einvernehmen mit der Bundesregierung ab 4. Mai 1953 den bisher gültigen Wechselkurs für Waren von 21'36 S je Dollar und den Prämienkurs von 26 S je Dollar auf der Höhe des Prämienkurses vereinheitlicht. Alle Transaktionen im Auslandszahlungsverkehr sollen künftig zu diesem Kurs abgewickelt werden. Kopplungsgeschäfte, die bisher einem begrenzten Kreis förderungswürdiger Exporteure die Möglichkeit boten, Auslandsgeschäfte zu einem über der offiziellen Währungsparität liegenden Kurs zu realisieren, werden nicht mehr zugelassen.

Der neue Einheitskurs entspricht der Bewertung des Schillings auf den freien Devisenmärkten im Ausland; er ist um 21'7% höher als der bisherige Warenkurs. Tatsächlich ist jedoch das Ausmaß der durchschnittlichen Wechselkursänderung geringer, da bisher der überwiegende Teil des Dienstleistungsverkehrs zum Prämienkurs und auch ein Teil des Warenverkehrs im Rahmen von Kopplungsgeschäften zu einem höheren Kurs abgewickelt wurde.

Die Vereinheitlichung der Wechselkurse ist als Schlußstein der Stabilisierungspolitik gedacht. Hatte sich die Stabilisierungsbemühungen im Jahre 1952 hauptsächlich darauf konzentriert, das heimische Preis-Lohn-Niveau zu stabilisieren und den inneren Wert des Schillings zu festigen, so versucht die Kursoperation nunmehr die wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs zum Auslande zu normalisieren und die Voraussetzungen für die Eingliederung der heimischen Wirtschaft in ein stabiles internationales Handels- und Zahlungssystem zu schaffen.

Gründe für die Kursvereinheitlichung

Der Entschluß der österreichischen Bundesregierung, das bisherige Kurssystem durch einen Einheitskurs zu ersetzen, geht in der Hauptsache auf drei Erwägungen zurück:

a) Das System zweier offizieller Wechselkurse und seine Durchbrechung durch Kopplungsgeschäfte hatte gewichtige Nachteile. Es verfälschte die Wettbewerbsbedingungen gegenüber dem Auslande, förderte minderleistungsfähige Betriebe auf Kosten leistungsfähiger und zwang die Notenbank zu Subventionen, die sie durch Geld-

schöpfung finanzieren mußte. Es schien daher ratsam, einen neuen Einheitskurs anzustreben, sobald eine solche Operation die Preis-Lohn-Stabilität nicht mehr gefährdete.

- b) Der Rückgang der Weltmarktpreise, die schärfere Konkurrenz auf den internationalen Warenmärkten, die wachsenden Schwierigkeiten im Kopplungsverfahren sowie die rasche Abnahme der Auslandshilfe ließen eine Verschlechterung der Zahlungsbilanz befürchten, der durch exportfördernde Maßnahmen rechtzeitig entgegen gewirkt werden sollte.
- c) Eine Verbesserung der Zahlungsbilanz ist eine wichtige Voraussetzung für eine aktive Beschäftigungspolitik und für ein liberales Außenhandelsregime.

Grundsätzliche Bedenken gegen multiple Wechselkurse

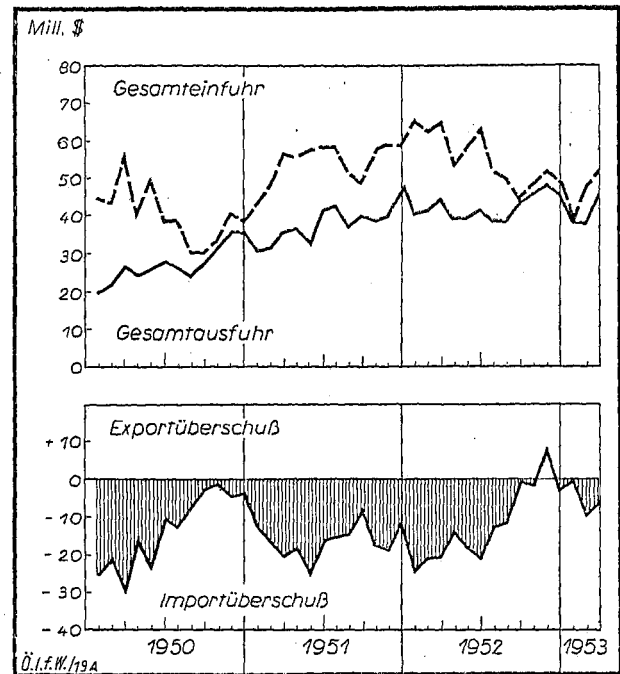
Das bisherige Kurssystem kannte zwei Arten von Subventionen. Durch die Zerteilung des offiziellen Kurses in einen Warenkurs und in einen Prämienkurs wurde einmal der „unsichtbare“ Export von Dienstleistungen teils auf Kosten der Käufer ausländischer Dienstleistungen, vorwiegend aber auf Kosten der Nationalbank subventioniert, die Devisen zum Prämienkurs kaufte und sie zum niedrigeren Warenkurs für Importe abgab. Zum anderen bot das Kopplungsverfahren den Exporteuren eines beschränkten Kreises förderungswürdiger Waren die Möglichkeit, einen Teil ihrer Belassungsquote (Kopplungsquote) zu einem höheren als dem offiziellen Kurs zu verkaufen. Die Kopplungsquote wurde von der Nationalbank im allgemeinen so bemessen, daß dem Exporteur ein durchschnittlicher Erlös von 26 S je Dollar verblieb. In einzelnen Fällen wurden jedoch auch höhere Kurse erzielt. Diese Subventionen wurden von den Importeuren minderwertiger Waren getragen, die keine Devisen zum offiziellen Kurs erhielten, sondern sie von den Kopplungs-Exporteuren zu einem Kurs kaufen mußten, der je nach der Belastungsfähigkeit der Agiowaren zwischen 26 S und 40 S je Dollar schwankte. Im Höhepunkt des Kopplungsverfahrens gegen Ende 1952 wurden auf diese Weise bis zu 20% des Exportes subventioniert.

Die Auflockerung des starren Warenkurses durch Kopplungsgeschäfte war ein Notbehelf, um trotz den starken Preis- und Kostensteigerungen seit der Kursanpassung vom November 1949 die Exportfähigkeit der österreichischen Wirtschaft zu erhalten. Das Kopplungssystem hatte auf kurze Sicht den Vorteil, daß nur jenen Exporteuren höhere Kurse zugestanden wurden, die zum offiziellen Kurs nicht mehr exportfähig waren. Dadurch konnte die durchschnittliche Kurserhöhung niedriger gehalten werden, als wenn die Exportfähigkeit durch eine generelle Kursänderung gesichert worden wäre. Da außerdem die Exportsubventionen von den Importeuren minderwertiger Waren getragen wurden, denen früher infolge der geringen Devisenzuteilungen zum offiziellen Kurs ohnehin Knappheitsrenten zugefallen waren, hielten sich die Rückwirkungen auf die Produktionskosten der Wirtschaft und die Lebenshaltungskosten in engen Grenzen.

Diesen kurzfristigen Vorteilen standen jedoch auf längere Sicht gewichtige Nachteile gegenüber. Ein Kurssystem, das die Kurse nach den individuellen Kosten der Exporteure staffelt, wirkt zwangsläufig produktivitätshemmend. Die Wettbewerbsgrundlagen der Wirtschaft werden verfälscht, minderleistungsfähige Betriebe werden künstlich exportfähig gehalten, leistungsfähige Betriebe dagegen, die sich dank besonderen Anstrengungen im internationalen Konkurrenzkampf durchsetzen, durch niedrige Kurse bestraft. Auf die Dauer schwächt ein solches System die Initiative der einzelnen Betriebe, sich durch Rationalisierung und Kostensenkung wettbewerbsfähig zu erhalten. Um den Export und die Beschäftigung der Exportindustrie zu sichern, werden immer weitere Ausnahmebestimmungen und damit eine fortschreitende Kursverschlechterung notwendig.

Auch die Subventionierung des offiziellen Kurssystems durch die Notenbank war auf die Dauer kaum tragbar. In den Jahren 1951 und 1952 betrug im Dienstleistungsverkehr die Deviseneingänge zum Prämienkurs 133 Mill. Dollar, die Devisenausgänge zum Prämienkurs aber nur 27 Mill. Dollar. Der Überschuß von 106 Mill. Dollar kostete die Nationalbank 500 Mill. S, die, soweit sie nicht aus sonstigen Gewinnen gedeckt werden konnten, durch Geldschöpfung finanziert werden mußten. Diese Regelung hatte die währungspolitisch bedenkliche Konsequenz, daß der Geldumlauf durch den Auslandszahlungsverkehr auch bei ausgeglichener Zahlungsbilanz in Dollar ständig erweitert wurde. Bei Fortdauer des Zweikurssystems hätte das Budget diese Subventionen übernehmen müssen.

Entwicklung des Außenhandels (Normaler Maßstab; Mill. Dollar)



Die österreichische Handelsbilanz entwickelte sich seit Mitte 1952 bemerkenswert günstig. Dank einer Steigerung der Exporte und infolge eines beträchtlichen Rückganges der Importe betrug der Einfuhrüberschuß im 2. Halbjahr 1952 nur 24,2 Mill. \$ gegen 122,7 Mill. \$ im 1. Halbjahr 1952. Im November wurde erstmalig seit Kriegsende sogar ein Ausfuhrüberschuß im gesamten Außenhandel erzielt. Seit Anfang 1953 hat sich zwar die Handelsbilanz wieder verschlechtert; der Rückschlag hielt sich jedoch bisher in verhältnismäßig engen Grenzen.

Gefahr einer Verschlechterung der Zahlungsbilanz

Diese grundsätzlichen Bedenken gewannen dadurch an Gewicht, daß das bisherige Kurssystem eine befriedigende Entwicklung der Handels- und Zahlungsbilanz nicht mehr sichern konnte.

Wohl hat sich die österreichische Zahlungsbilanz seit Mitte 1952 bemerkenswert günstig entwickelt. Die österreichische Wirtschaft verdiente im 2. Halbjahr 1952 durch Exporte und durch den Dienstleistungsverkehr vorübergehend soviel Devisen, daß sie ihre gesamten Importe aus eigener Kraft hätte bezahlen können. Da die ERP-Einfuhren ohnehin durch die Auslandshilfe finanziert wurden und ein beträchtlicher Teil der Importe bereits früher bezahlt worden war, konnten die Gold- und Devisenreserven um 71,7 Mill. Dollar vermehrt werden. Im 1. Halbjahr 1952 hatte das Defizit in der laufenden Zahlungsbilanz noch 111,3 Mill. Dollar betragen und die Nationalbank 15 Mill. Dollar Devisen verloren.

Diese starke Verbesserung der Zahlungsbilanz war allerdings zu einem erheblichen Teil kurzfristi-

gen Sondereinflüssen zu verdanken. In den Monatsberichten wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß der Rückgang der Importe von einem Abbau der heimischen Rohstoffvorräte begleitet war und die Ausweitung des Exportvolumens durch die Auffüllung der Lager in den ausländischen Konsumgüterindustrien gefördert wurde. Auch der Rückstrom kurzfristiger Auslandsguthaben, die bisher in Vorauszahlungen für Importe und ausstehenden Exporterlösen gebunden waren (Verschiebung in den Zahlungsbedingungen), konnte nur vorübergehend sein. Mit einem Rückschlag mußte also gerechnet werden.

Dieser Rückschlag hielt sich jedoch bisher in engen Grenzen. Das Handelsbilanzpassivum war wohl im I. Quartal 1953 mit 17,2 Mill. Dollar um 5,1 Mill. Dollar größer als im Durchschnitt des III. und IV. Quartals 1952. Aber auch dieses Passivum konnte durch relativ hohe Einnahmen aus dem Winterfremdenverkehr und Deviseneingänge aus dem Kapitalverkehr (z. B. Schweizerischer Postkredit) mühelos gedeckt werden. Die Devisenreserven der österreichischen Wirtschaft konnten entgegen allen Erwartungen im I. Quartal 1953 nicht nur erhalten, sondern sogar leicht erhöht werden.

Entwicklung der Zahlungsbilanz

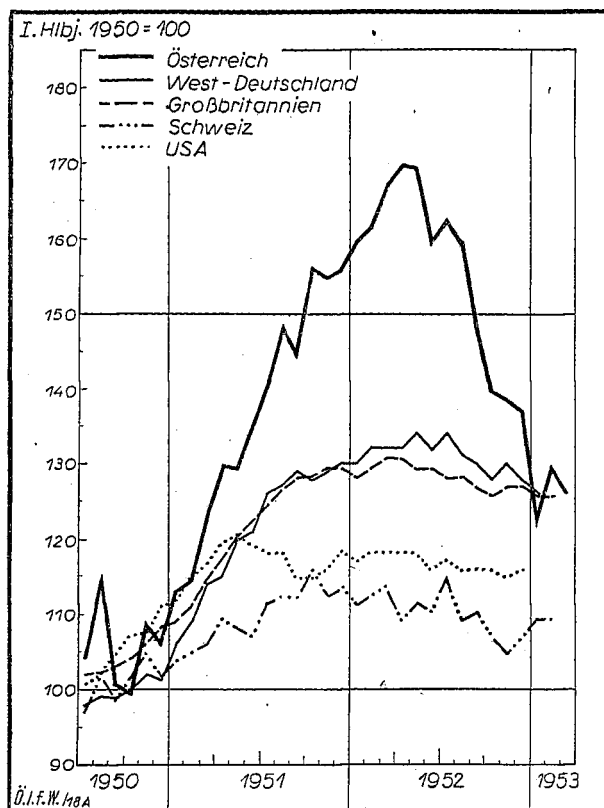
	1. Halbjahr 1952	2. Halbjahr 1952	I. Quartal 1953
	Mill. \$		
I. Laufende Zahlungsbilanz			
Ausfuhr	246'4	260'8	121'4
Einfuhr	369'1	285'0	138'6
Saldo	-122'7	- 24'2	- 17'2
Dienstleistungsverkehr (netto) +	11'4	+ 31'3	.
Saldo	-111'3	+ 7'1	.
II. Deckung des laufenden Defizits			
Auslandshilfe ¹⁾	+ 75'6	+ 29'7	+ 13'1
Kredite	- 2'1	- 3'9	.
Devisenreserven ²⁾	+ 15'0	- 71'7	.
Verschiebung in den Zahlungsbedingungen ³⁾	+ 22'8	+ 38'8	.
Saldo	+111'3	- 7'1	.

¹⁾ ERP-Hilfe und private Hilfslieferungen. — ²⁾ Zunahme (—) bzw. Abnahme (+) der kurzfristigen Auslandsguthaben. — ³⁾ In den von der Nationalbank veröffentlichten Zahlungsbilanzen „unaufgeklärter Saldo“ genannt. Dieser Posten setzt sich zwar aus verschiedenen, quantitativ nur teilweise bestimmaren Elementen zusammen, unter denen jedoch Verschiebungen in den Zahlungsbedingungen die weit-aus wichtigsten sind.

Die Devisenlage der österreichischen Wirtschaft war daher im Zeitpunkt der Kursvereinheitlichung günstiger als je zuvor seit Kriegsende. Die Gold- und Dollarreserven der Notenbank reichen aus, den gesamten Importbedarf der österreichischen Wirtschaft für zwei Monate zu decken, gegenüber der EZU bestand trotz einem Defizit von 10,7 Mill. Dollar in den ersten vier Monaten 1953 noch ein Gesamtüberschuß von 11,1 Mill. Dollar im laufenden Rechnungsjahr 1952/53. Im Verrechnungsverkehr mit Ländern

Entwicklung der Ausfuhrpreise

(Normaler Maßstab; Durchschnitt 1. Halbjahr 1950 = 100)



Infolge der starken Kostensteigerung im Inland und dank der Sonderkonjunktur einiger wichtiger österreichischer Exportwaren sind die durchschnittlichen Ausfuhrpreise nach Ausbruch des Koreakonfliktes bedeutend stärker gestiegen als in den meisten anderen Ländern. Im II. Quartal 1952 waren die Ausfuhrpreise in Österreich um 66%, in Westdeutschland, Großbritannien, in den USA und in der Schweiz aber nur um 33%, 30%, 17% und 10% höher als im I. Halbjahr 1950. Die überhöhten Exportpreise ließen sich jedoch nur kurze Zeit halten. Seit Mitte 1952 zwang das Nachlassen der Exportkonjunktur und die immer schärfer werdende Konkurrenz auf den Weltmärkten die österreichischen Exporteure zu namhaften Preisreduktionen. Im I. Quartal 1953 waren die österreichischen Ausfuhrpreise um 24% niedriger als im II. Quartal 1952; sie hatten sich damit wieder den westdeutschen und britischen Ausfuhrpreisen angepaßt. Durch diese starken Preisrückgänge wurde der Export vielfach unrentabel. Wenn bisher dennoch das Exportvolumen eine beachtliche Höhe halten konnte, so lag dies teilweise an der Ausweitung der Kopplungsgeschäfte, die einem beschränkten Kreis von Exporteuren die Möglichkeit bot, zu einem höheren als dem offiziellen Kurs zu exportieren. Vielfach rechneten auch die Exporteure mit einer bevorstehenden Kursanpassung und nahmen daher vorübergehende Verluste in Kauf.

außerhalb der EZU hatte sich ein Nettoguthaben von 15,2 Mill. Dollar angesammelt.

Diese günstige Entwicklung der Zahlungsbilanz schien jedoch aus mehreren Gründen gefährdet. Das Kopplungssystem erwies sich nur solange als ein geeignetes Instrument der Exportförderung, als der

*Salden im Verrechnungsverkehr mit Staaten
außerhalb der EZU*

	Guthaben (+) bzw. Verschuldung (-) per 30. IV. 1953 in Mill. \$	gegenseitig eingeschränkter Kreditrahmen
Argentinien	+2'8	5'0
Brasilien	-1'8	3'0
Bulgarien	+1'4	1'0
ČSR	+1'7	3'5
Jugoslawien	+3'6	5'5
Polen	+4'6	2'5
Rumänien	+1'5	1'0
Ungarn	+1'3	2'0
Uruguay	+0'1	2'0

Kreis der subventionsbedürftigen Exportwaren verhältnismäßig klein war und die Importgüter ein hohes Agio vertrugen. Beide Voraussetzungen waren in jüngster Zeit nicht mehr gegeben.

Der Rückgang der internationalen Rohwarenpreise und die immer schärfer werdende Konkurrenz auf den Weltmärkten zwang die österreichischen Exporteure, ihre Exportpreise seit Mitte 1952 stark zu reduzieren. Die durchschnittlichen Exportpreise waren im I. Quartal 1953 um 24% niedriger als im II. Quartal 1952. Einzelne Waren, wie Rotationspapier, Zellulose und Garne wurden um mehr als die Hälfte billiger. Durch diesen starken Preisverfall wurden immer mehr Exportwaren subventionsbedürftig. Konnte Anfang 1952 das Kopplungsverfahren noch auf einige wenige lohnintensive Fertigwaren beschränkt werden, während der überwiegende Teil der Exporteure von Rohstoffen und Halbwaren mit dem Kurs von 21'36 noch gut durchkamen, so wurde gegen Ende 1952 auch der Export vieler Roh- und Halbwaren gefährdet. Das ursprüngliche Prinzip, nur lohnintensive Fertigwaren zur Kopplung zuzulassen, mußte daher immer mehr durchbrochen werden.

Einer fortschreitenden Ausweitung des Kopplungsverfahrens stand aber nicht nur die Verpflichtung Österreichs entgegen, Kopplungsgeschäfte höchstens im Ausmaß von 10% des Exportes zuzulassen. Es fehlten mehr und mehr auch Importwaren, die diese Exportsubventionen tragen konnten. Kaffee, Tee, Kakao, Südfrüchte, Gewürze, Autos und andere Kopplungswaren vertrugen ein hohes Agio, solange sie nur in geringen Mengen importiert wurden. In dem Maße als die Einfuhr dieser Waren gesteigert wurde, sank jedoch ihre Belastungsfähigkeit und damit auch der Kurs, den die Exporteure für Kopplungsdevisen erzielen konnten. Lag die Initiative für das Kopplungsgeschäft Anfang 1952 noch größtenteils beim Importeur, der sich einen geeigneten Exporteur suchte oder selbst kopplungsfähige Exportwaren erwarb, um Agiowaren einführen zu können, für die er keine Devisen zum offiziellen Kurs zugeteilt er-

hielt, so begannen im Laufe des Jahres 1952 Exporteure Importeure zu suchen, die ausreichende Kurse für Kopplungsdevisen zahlen konnten. Wie sehr sich die Möglichkeiten von Kopplungsgeschäften in den letzten Monaten erschöpften, geht daraus hervor, daß nur etwa ein Drittel aller beantragten Geschäfte überhaupt durchgeführt werden konnten.

Die Erschöpfung des Kopplungsverfahrens war um so bedenklicher, als der Rückgang der Auslandshilfe eine Steigerung der Exporte besonders dringlich erscheinen ließ. Die gesamte ERP-Hilfe, die im Jahre 1951 noch 204 Mill. Dollar betragen hatte, erreichte im Jahre 1952 nur noch 103 Mill. Dollar und dürfte im Jahre 1953 auf 50 Mill. Dollar sinken. Stünde der Welthandel vor einem allgemeinen Aufschwung, wäre es verhältnismäßig leicht, den Rückgang der Auslandshilfe durch Ausweitung der Exporte wettzumachen. Angesichts der weitgehenden Stagnation des Welthandels seit Anfang 1952 ist es jedoch schon schwierig, die bisherige Position auf den Auslandsmärkten zu halten. Jede weitere Ausdehnung des Exportvolumens muß gegen starke internationale Konkurrenz erkämpft und in der Regel durch stärkere Preiskonzessionen erkauft werden.

Spielraum für wirtschaftspolitische Maßnahmen

Die durch die Kursvereinheitlichung erwartete Verbesserung der Zahlungsbilanz ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für konstruktive wirtschaftspolitische Maßnahmen.

An erster Stelle ist hierbei an die Sicherung einer hohen Beschäftigung zu denken. Die bemerkenswerte Verbesserung der Zahlungsbilanz im 2. Halbjahr 1952 war zum Teil dem Umstande zu verdanken, daß die Stagnation der Industrieproduktion den Rohstoff- und Energiebedarf der österreichischen Wirtschaft verminderte und die Absatzschwierigkeiten im Inlande viele Betriebe zwangen, sich stärker um das Exportgeschäft zu bemühen. Eine Belebung der Binnenkonjunktur würde nicht nur den Importbedarf steigern, sondern auch das Interesse am Export schwächen. Gelingt es durch die Kursanpassung die Zahlungsbilanz zu entlasten, so würden allein dadurch konjunktur- und beschäftigungssteigernde Effekte ausgelöst. Außerdem könnte die Wirtschaftspolitik beschäftigungssteigernde Maßnahmen im Inlande ergreifen, ohne befürchten zu müssen, daß die Konjunkturbelebung mangels ausländischer Rohstoffe, Energie und Nahrungsmittel vorzeitig abgebrochen werden muß.

Kaum weniger wichtig erscheint die Möglichkeit, dank einer Verbesserung der Zahlungsbilanz,

den Außenhandel ohne Gefährdung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes Schritt für Schritt zu liberalisieren.

Österreich, das bisher im Rahmen der Europäischen Zahlungs-Union eine Sonderstellung innehatte, bemüht sich, ab 1. Juli 1953 Vollmitglied dieser Organisation zu werden. Die Vollmitgliedschaft hätte für Österreich den Vorteil, in Hinkunft vorübergehende Defizite durch Kredite der EZU decken zu können. Bisher mußte jedes Defizit in Gold oder Dollar bezahlt werden, während im Falle von Überschüssen Kredite an die EZU gewährt wurden. Andererseits müßte sich Österreich jedoch verpflichten, seinen Außenhandel teilweise zu liberalisieren.

Eine solche Maßnahme wäre unvermeidlich mit Anpassungsschwierigkeiten verbunden. Die Aufhebung von Importbeschränkungen würde die Einfuhr steigern und damit nicht nur die Handelsbilanz belasten, sondern auch die heimische Produktion einem stärkeren Konkurrenzdruck aussetzen, dem manche Betriebe nicht gewachsen wären. Aus diesen Gründen kann zunächst jedenfalls nur schrittweise, unter Bedachtnahme auf die Zahlungsbilanz sowie auf die historisch gewachsene Struktur der heimischen Produktion, vorgegangen werden. Auf der anderen Seite sind jedoch die Vorteile eines freizügigeren Importregimes offenkundig. Die größeren Einfuhrmöglichkeiten würden nicht nur den durch die Kursanpassung ausgelösten Preisaufrtrieb eindämmen, sondern auch unmittelbar den Export fördern. Viele Exportgeschäfte kamen bisher nur deshalb nicht zustande, weil bestimmte Vorprodukte nicht eingeführt werden konnten, im Inland aber zu teuer oder aber nicht in ausreichender Qualität erzeugt wurden. Auf längere Sicht sind vor allem die Rückwirkungen eines freizügigeren Außenhandels auf die Produktivität der österreichischen Wirtschaft zu beachten. Es ist eine Binsenweisheit, daß ein Kleinstaat seine Produktivkräfte nur dann rationell ausnützen kann, wenn er sich in ein wohlorganisiertes System internationaler Arbeitsteilung einschaltet. Je länger die Wirtschaftspolitik zögert, die heimische Wirtschaft in einen größeren wirtschaftlichen Zusammenhang einzuordnen, desto größer ist die Gefahr, daß sich der heimische Produktionsapparat, der durch Neuinvestitionen laufend geändert und erweitert wird, immer mehr von einer unter gesamt-europäischen Gesichtspunkten optimalen Struktur entfernt.

Quantitative Auswirkungen

Durch die Vereinheitlichung der Wechselkurse auf der Höhe des Prämienkurses steigen die Erlöse

aller Exporteure, die bisher zum offiziellen Kurs exportierten, um 21,7%. Die Erlöse aus dem Dienstleistungsverkehr und aus Kopplungsgeschäften bleiben unverändert. Auf der anderen Seite werden die bisher zum Warenkurs abgewickelten Importe um 21,7% teurer, Agio-Importe dagegen billiger. Die Devisenkurse für ausländische Dienstleistungen bleiben unverändert.

Die quantitative Bedeutung dieser Maßnahme kann durch ein einfaches Beispiel, das der gegenwärtigen Situation der österreichischen Zahlungsbilanz angepaßt ist, verdeutlicht werden. Unter der Voraussetzung, daß pro Jahr Waren im Werte von 600 Mill. \$ importiert und Waren im Werte von 500 Mill. \$ exportiert werden, Agio-Importe in Höhe von 50 Mill. \$ 20% des Exportes subventionieren und der Einfuhrüberschuß von 100 Mill. \$ je zur Hälfte durch Überschüsse in der Dienstleistungsbilanz und durch Auslandshilfe finanziert wird, ergeben sich durch die Kursvereinheitlichung zunächst folgende Mehrbelastungen bzw. Mehrerlöse: Im normalen Warenverkehr, der bisher zum offiziellen Warenkurs abgewickelt wurde, steigen die Kosten der Importeure um 2,6 Mrd. S. Davon fließen 1,9 Mrd. S den Exporteuren zu, der Rest verteilt sich zu gleichen Teilen auf die bisherigen Importeure von Agiowaren, die nunmehr Devisen zum offiziellen Kurs zugeteilt erhalten, auf das Counterpartkonto, dessen Erlöse durch die Änderung des offiziellen Kurses steigen, sowie auf die Nationalbank, die Deviseneingänge aus dem Dienstleistungsverkehr nunmehr zu 26 statt zu 21,36 S je \$ für Warenimporte abgibt.

Schematische Darstellung der Primärwirkung der Kursvereinheitlichung

	Jahresergebnis Mill. \$	Mehrerlös Mill. S pro Jahr	Mehraufwand Mill. S pro Jahr
Handelsbilanz			
Import	600 ¹⁾	230	2.550
Export	500 ²⁾	1.860	
	Saldo.....-100		
Deckung des Defizits			
Überschuß im Dienstleistungsverkehr...	50	230 ³⁾	
ERP-Hilfe	50	230 ⁴⁾	
	100	2.550	2.550

¹⁾ Davon 50 Mill. \$ Agioimporte. — ²⁾ Davon 100 Mill. \$ Kopplungsexporte. — ³⁾ Verringerung des Verlustes der Nationalbank. — ⁴⁾ Mehreingang auf dem Counterpartkonto.

Von diesen primären Mehrbelastungen und Mehrerlösen strahlen in weiterer Folge eine Vielzahl hemmender und fördernder Impulse auf die Wirtschaft aus. Die höheren Importpreise werden zumindest teilweise auf die weiterverarbeitenden Stufen und auf die Verbraucher fortgewälzt, die höheren Exporterlöse werden viele Exporteure veranlassen, ihre Dollarpreise zu senken. Die Verschiebung im

Preis- und Kostengefüge werden Produktion und Nachfrage beeinflussen und eine Neuadjustierung der Produktions- und Beschäftigungsstruktur einleiten.

Alle diese Reaktionen lassen sich in einer Marktwirtschaft kaum verlässlich vorausschätzen. Die folgenden Ausführungen stellen daher nur einen ersten Versuch dar, die wichtigsten Tendenzen aufzuzeigen, mit der die Wirtschaftspolitik in der nächsten Zeit rechnen muß, und ihre Konsequenzen zu beleuchten.

Nur geringe Erhöhung des heimischen Preis- und Kostenniveaus

Im Gegensatz zu der ziemlich heftigen Reaktion der österreichischen Wirtschaft auf die Wechselkursanpassung vom November 1949 besteht begründete Hoffnung, daß sich der von der Importseite ausgehende Preisauftrieb diesmal in verhältnismäßig engen Grenzen halten wird.

Die Wirkung der Importverteuerung auf das heimische Preisniveau ist zunächst deshalb schwächer als im Jahre 1949, weil der offizielle Kurs diesmal nur um 21,7% erhöht wurde. Im Jahre 1949 stieg jedoch der offizielle Dollarkurs um 114%, der Kurs der meisten europäischen und asiatischen Länder, die im September 1949 abgewertet hatten, um 48% und der Clearingkurs im Verkehr mit Osteuropa um 44%. Allerdings hatten damals Agiogeschäfte und Kompensationsgeschäfte vor der Kursänderung eine größere Rolle gespielt als diesmal die Kopplungsgeschäfte.

Außerdem hatte im Jahre 1949 die inflationistische Grundtendenz und die auf vielen Märkten noch bestehende Warenknappheit die Überwälzung der höheren Importkosten auf die Preise erleichtert. Gegenwärtig wird es jedoch infolge des vorherrschenden Käufermarktes und der akuten Absatzschwierigkeiten vielen Betrieben nur teilweise möglich sein, in höhere Preise auszuweichen. Schließlich erhielten die Weltmarktpreise durch den Korea-Konflikt bald nach der Kursänderung im Jahre 1949 einen stärkeren Auftrieb, während die gegenwärtig sinkende Tendenz der Weltmarktpreise anhalten dürfte. Die Aussichten für die Erhaltung eines stabilen Preisniveaus sind also viel günstiger als bei der ersten Kursanpassung.

Selbst wenn es gelänge, die erhöhten Importkosten voll auf die Preise zu überwälzen, bliebe die unmittelbare Wirkung auf das Gesamtpreisniveau gering. Legt man die vorhin ermittelte Verteuerung der Importe um 2,6 Mrd. S auf das verfügbare Güter- und Leistungsvolumen von rund 70 Mrd. S um, so ergibt sich eine durchschnittliche Preissteigerung von nur 3,7%.

Von dieser Preissteigerung werden allerdings die einzelnen Bereiche der Wirtschaft je nach dem Anteil importierter Waren an den Gesamtkosten der Erzeugnisse sehr verschieden betroffen. Eine Umfrage, die von der Sektion Industrie der Bundeshandelskammer über den Anteil der Importe an den Gesamtkosten gehalten wurde, ergab, daß sich die Kostensteigerung von 0% in der Steinindustrie und 0,5% bis 1% im Bergbau, der Holzverarbeitenden Industrie und bei elektrischen Meßgeräten, bis über 10% in den Spinnereien erstrecken.

Unmittelbare Auswirkungen der Importverteuerung auf die Produktionskosten der Industrie

	Anteil der importierten Materialien an den Gesamtproduktionskosten %	Kostensteigerung durch Kursänderung auf S 26 je \$ %
Bergbau.....	2,5—3	0,5—0,7
Hüttenbetriebe ca.	27,7	6,0
Sintermagnesit, Magnesitsteine und Heraklichplatten ca.	20	4,3
Walzwerke..... ca.	30	6,5
Steinindustrie	0	0
Baustoffherzeugung (z. B. Zement)	11—12	2,4—2,6
Glasindustrie.....	5—6	1,1—1,3
Eisen- und Metallwarenindustrie.	1,3—5,5	0,3—11,9
Maschinenindustrie.....	4,7	1,0
Fahrzeugindustrie.....	4,6	1,0
Elektroindustrie ¹⁾	17,5	3,8
Holzverarbeitende Industrie	3,2	0,7
Textilindustrie		
Wollspinnerei ca.	62	13,5
Wollweberei (einschl. Veredlung)	40—45	8,7—9,8
Baumwollspinnerei		
a) reine Baumwollgarne . ca.	55	11,9
b) Zellwollgarn.....	3,5	0,8
Baumwollweberei (einschl. Veredlung)		
a) reine Baumwollgewebe... ca.	40—45	8,7—9,8
b) reine Zellwollgewebe. ca.	7	1,5
Basstoffspinnerei.....	53—67	11,5—14,5
Basstoffweberei.....	35—45	7,6—9,8
Bekleidungsindustrie		
Herren- und Damenober- bekleidung.....	15—20 ²⁾	3,3—4,3
Herren- und Damenober- bekleidung.....	35 ²⁾	7,6
Schuhindustrie ca.	10	2,2
Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie.....	8—9	1,7—2,0
Papierverarbeitende Industrie . ca.	6	1,3
Chemische Industrie.....	23—25	5,0—5,4
Nahrungsmittelindustrie	40	8,7

¹⁾ Auf Grund der Produktionswerte von 1951 gewogener Durchschnitt. — ²⁾ Diese Prozentsätze gelten für jene Fälle, wo die Bekleidungsindustrie ihr Material von inländischen Textilfirmen und nicht aus dem Ausland bezieht. Wird ausländisches Material verarbeitet, so steigen die Importanteile bei Hernden auf 40 bis 45%, bei Damenoberbekleidung auf 50 bis 55% und bei Herrenoberbekleidung auf 55%.

Die Lebenshaltungskosten werden durch die Importverteuerung nur wenig betroffen, da die Importe von Brotgetreide und Futtermitteln weiter zu den bisherigen Preisen abgegeben werden. Außerdem hat die Regierung vorgesorgt, daß die Bahntarife unverändert bleiben. Berücksichtigt man weiters, daß viele minderwichtige Konsumgüter (z. B. Tee, Kaffee, Kakao, sowie teilweise Obst und Gemüse) bisher im Rahmen von Kopplungsgeschäften eingeführt wur-

den und daher eher billiger werden sollten, so scheint die Stabilität von 72% des Gesamtaufwandes im Lebenshaltungskostenindex gesichert. Nimmt man an, daß die Preise der übrigen Waren im Ausmaß der durchschnittlichen Kostensteigerung der Gesamtwirtschaft, d. h. um 3,7% steigen, so erhöht sich der Gesamtindex um 1,1%. Demgegenüber ist der Lebenshaltungskostenindex allein im April (ohne Berücksichtigung des saisonbedingten Rückganges der Gemüsepreise) um 1,8% gesunken.

Diese Ergebnisse gelten allerdings nur unter der Annahme, daß die erhöhten Importkosten, soweit sie nicht durch staatliche Subventionen getragen werden, auf die Fertigwarenpreise überwältigt werden. Tatsächlich wird der Preisauftrieb teils stärker, teils schwächer sein. Stärker als kostenmäßig begründete Preissteigerungen werden vielfach dadurch ausgelöst werden, daß die Handelsspannen in Prozent der Einstandspreise bemessen werden und daher absolut mit steigenden Einstandspreisen größer werden. Weiters wird sich die Nachfrage infolge der höheren Importpreise vielfach auf heimische Ersatzprodukte verlagern und deren Preise steigern. Schließlich beeinflussen erfahrungsgemäß auch höhere Exportpreise das inländische Preisniveau.

Andererseits wird selbst der kostenmäßig begründete Preisauftrieb zum Teil dadurch aufgefangen werden, daß die Betriebe infolge der ungünstigen Absatzlage auf Preiserhöhungen verzichten und die Kostensteigerung durch Rationalisierungsmaßnahmen wettzumachen versuchen. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß die gesamten Konsumgüterausgaben ziemlich konstant bleiben, solange sich die Einkommen nicht ändern. Preissteigerungen bei einzelnen Waren mit starrer Nachfrage werden daher zwangsläufig den Preisdruck auf anderen Märkten verstärken.

Verbesserung der Handelsbilanz — Verschlechterung der Austauschverhältnisse

Die Kursvereinheitlichung wird sich auf den Export verschieden auswirken. Höhere Exporterlöse und damit einen Anreiz zur Exportsteigerung erhalten nur Betriebe, die bisher zum offiziellen Kurs exportiert haben. Vor allem die Exporteure wichtiger Halbwaren, wie Papier, Kalkammonsalpeter, Edelstahl, Holz, Magnesit usw., die vielfach infolge sinkender Weltmarktpreise in ernste Schwierigkeiten geraten sind und vielfach nur noch zu Verlustpreisen exportieren konnten, werden ihre Stellung auf den Auslandsmärkten festigen und teilweise erweitern können. Für jene Fertigwaren, die bisher gekoppelt wurden, wird jedoch künftig höchstens ebensoviel, in

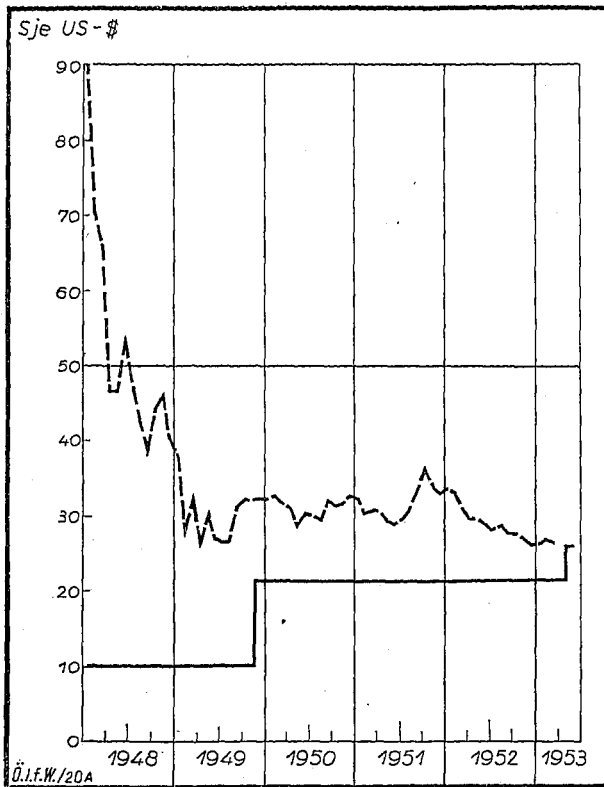
manchen Fällen, wo der bisherige Kurs über dem Prämienkurs lag, sogar weniger Erlöse werden. Andererseits steigen die Verkaufskosten (Fracht, Versicherung), die bisher zum Kurs 21'36 abgerechnet wurden, sowie die Produktionskosten, soweit sie importierte Vorprodukte enthalten. Wenngleich die Vereinfachung des Verfahrens sowie der Umstand, daß viele Betriebe außer den Kopplungsgeschäften auch Exporte zum normalen Kurs getätigt haben, für die sie nunmehr mehr Erlöse, eine gewisse Kompensation für die Kostensteigerung bieten, so wird doch der Export vieler Fertigwaren künftig schwieriger werden.

Der zweite Faktor, der die Vorteile der Kursvereinheitlichung schmälert, ist der Anteil ausländischer Vorprodukte an den Produktionskosten. Wenn überhaupt keine ausländischen Vorprodukte verwendet werden, so steigt der Nettoerlös in voller Höhe der Kursanpassung um 21,7%. Bei einem Importanteil von 10% (z. B. Schuhindustrie) erhöhen sich die Nettoerlöse noch um 20%, bei einem Importanteil von 60% (z. B. Wollspinnerei) aber nur noch um 8%. Die Kursanpassung fördert daher besonders die Exporte von heimischen Rohstoffen und Energieträgern, wie Holz und elektrischen Strom, deren Erzeugung nur geringe ausländische Vorprodukte erfordert, sowie von Fertigwaren, sofern sie bisher nicht gekoppelt wurden. Die Verarbeiter ausländischer Rohstoffe profitieren um so stärker, je weiter das Produkt im Inland verarbeitet wird. So beträgt z. B. der Nettoerlös — immer vorausgesetzt, daß bisher nicht gekoppelt wurde — in der Baumwollspinnerei nur 10%, in der Baumwollweberei aber 13% und in der Wäscheindustrie bereits 18%.

Wie stark sich die höheren Erlöse auf die Exportleistung auswirken werden, läßt sich naturgemäß kaum vorausschätzen. Auf kurze Sicht wird die Kursanpassung wahrscheinlich mehr zur Festigung der bisherigen Stellung auf den Exportmärkten als zur Ausweitung des Exportes beitragen. Die Vorteile der Kursangleichung werden sich jedoch erst auf längere Sicht voll realisieren, wenn sich die Produktions- und Beschäftigungsstruktur den neuen Preis- und Kostenrelationen angepaßt hat.

Der neue Kurs ist vermutlich hoch genug, dem Export einen dauernden Auftrieb zu geben. Ein Vergleich der Entwicklung der Lohnkosten, umgerechnet in Dollar, zeigt, daß die Lohnkosten gegenüber der Vorkriegszeit in den meisten Ländern stärker gestiegen sind als in Österreich. Die Lohnkostenparität, berechnet auf Basis 1938, liegt daher gegenüber den meisten Ländern niedriger als der neue Einheitskurs. Nur gegenüber England und Holland ist die Lohn-

Offizieller und freier (Züricher) Kurs des Schillings (Normaler Maßstab; Schilling je Dollar)



Die Spanne zwischen dem freien Kurs des Schillings in Zürich und dem offiziellen Wechselkurs hat sich in jüngster Zeit stark vermindert. Anfang 1948 mußten für einen Dollar auf dem freien Markt noch zehnmal soviel Schilling gezahlt werden als bei offizieller Zuteilung von Devisen durch die Nationalbank; Ende 1952 lag der Züricher Kurs nur noch um rund 22% über dem offiziellen Warenkurs. Durch Vereinheitlichung der beiden offiziellen Kurse auf der Höhe des Prämienkurses wird künftig der gesamte internationale Zahlungsverkehr zu einem Wechselkurs abgewickelt, der der Bewertung des Schillings auf den freien Devisenmärkten entspricht.

parität etwas höher als 26 S je Dollar. Obwohl diese Berechnungen verschiedenen Fehlerquellen ausgesetzt sind und angesichts der erheblichen Strukturänderungen gegenüber der Vorkriegszeit nur beschränkt Aufschluß über die tatsächliche Konkurrenzfähigkeit geben können, so sichert der neue Einheitskurs Österreich zweifellos einen Kostenvorsprung gegenüber den meisten anderen Ländern. Wenn einzelne Betriebe auch zum neuen Kurs nicht exportieren können, so liegt dies nicht an einer generellen Überhöhung des heimischen Preis- und Kostenlevels, sondern an ihrer geringeren Leistungsfähigkeit oder an Sondereinflüssen.

Die Kursvereinheitlichung wird aber nicht nur den Export beleben, sondern auch die Nachfrage nach Importgütern beeinflussen. Ein stärkerer Rückgang der Importe ist allerdings kaum zu erwarten, da

Internationaler Vergleich der Lohnkosten

	Lohnkostenparität auf Basis 1938 in \$ ¹⁾		
	1950	1951	1952
USA	13'62	17'34	16'72
England	23'10	29'25	26'43
Frankreich	16'02	16'87	16'55
Schweden	20'36	23'21	19'94
Deutschland	27'14	24'07	23'90
Holland	18'39	26'18	27'74

¹⁾ Die Zahlen geben an, bei welchen Umrechnungskursen des S gegenüber dem \$ die Lohnkosten in Österreich gegenüber der Vorkriegszeit ebenso stark gestiegen wären wie in den angeführten Ländern.

ein erheblicher Teil der Einfuhr aus lebenswichtigen Rohstoffen und Nahrungsmitteln besteht, deren Nachfrage preisunelastisch ist. Minderwichtige Waren dagegen, deren Absatz bei steigenden Preisen gewöhnlich stark zurückgeht, wurden bisher meist im Koppelungsverfahren eingeführt und sollten daher billiger werden. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Nachfrage nach Importen auch bisher schon durch die Einfuhrlenkung beschränkt und auf heimische Waren abgedrängt wurde, sofern ähnliche Waren im Inland erzeugt wurden.

Völlig unelastisch ist jedoch die Nachfrage nach Importgütern sicherlich nicht. Die Verteuerung ausländischer Kohle z. B. wird den heimischen Braunkohlenbergbau fördern und die Umstellung von Kohle auf elektrische Energie beschleunigen. Zellwolle erhält einen stärkeren Kostenvorsprung vor der Wolle und dürfte wieder stärker zur Erzeugung von Textilien verwendet werden.

Während also im ganzen gesehen zumindest auf längere Sicht sowohl vom Export als auch vom Import her eine Besserung der Handelsbilanz erwartet werden darf, ist andererseits eine weitere Verschlechterung der Austauschverhältnisse im Außenhandel zu befürchten. Die Ausfuhrpreise in Dollar werden vermutlich zurückgehen, weil viele ausländische Kunden unter Hinweis auf die Kursänderung auf eine Senkung der Dollarpreise drängen, und die höheren Schillingerlöse das Angebot an Exportwaren vergrößern werden. Auf Märkten mit unvollkommener Konkurrenz wird die meist kostenorientierte Preispolitik der Exporteure automatisch zu einem Rückgang der Dollarpreise führen. Andererseits dürfte sich die Kursvereinheitlichung nur wenig auf die Dollarpreise der Importwaren auswirken, da Österreich bei den meisten Produkten nur einen verhältnismäßig kleinen Teil des Gesamtangebots aufnimmt. Selbst ein empfindlicher Rückgang der heimischen Nachfrage würde die ausländischen Lieferanten kaum zu Preisreduktionen veranlassen.

Ein Rückgang der Exportpreise bei gleichbleibenden Importpreisen (beide in Dollar gerechnet) bedeutet, daß Österreich in Hinkunft im Aus-

tausch für eine Einheit Exportgüter weniger Importgüter erhält als bisher. Eine stärkere Verschlechterung der Austauschverhältnisse wäre um so bedenklicher, als sie in den letzten Monaten ohnehin auf einen seit Jahren nicht mehr erreichten Tiefstand gesunken sind. Im I. Quartal 1953 betragen die Austauschverhältnisse nur 72% von 1937, gegen 78% und 84% in den Jahren 1951 und 1952. Die Bedeutung der Austauschverhältnisse im Außenhandel für Handelsbilanz und Sozialprodukt geht aus folgenden Überlegungen hervor: Wären die Austauschverhältnisse im Jahre 1952 ebenso günstig gewesen wie im Jahre 1937, so hätte die Handelsbilanz nicht ein Passivum von 147 Mill. \$, sondern nur von 51 Mill. \$ ausgewiesen. Das Bruttonationalprodukt der österreichischen Wirtschaft wäre in diesem Falle um 96 Mill. \$ oder 3% größer gewesen.

Belastung des Budgets

Die Auswirkungen der Importverteuerung auf die Lebenshaltungskosten werden dadurch abgeschwächt, daß die bisherigen Abgabepreise für Brotgetreide und Futtermittel unverändert bleiben und die Differenz durch zusätzliche staatliche Subventionen gedeckt wird. Der Mehraufwand an Subventionen läßt sich auf Basis realistischer Importmengen auf rund 400 Mill. S pro Jahr schätzen. Außerdem erwachsen dem Staatsbudget andere zusätzliche Mehrausgaben (z. B. für Kohle der Bundesbahn), die nur teilweise durch Mehreinnahmen kompensiert werden, die aus der Kursanpassung resultieren.

Schätzung der Mehrbelastung des Budgets durch Importsubventionen

	Einfuhrmenge ¹⁾ t	Einfuhrpreis ²⁾ \$ je t	Einfuhrwert zum Kurs		Mehraufwand an Subventionen Mill. S
			von 21'36 S je \$ Mill. S	von 26 S je \$ Mill. S	
Brotgetreide.....	370.000	115	908'9	1.106'3	197'4
Mais.....	400.000	90	769'0	936'0	167'0
Ölkuchen.....	40.000	114	97'4	118'6	21'2
Thomasmehl.....	130.000	25	69'4	84'5	15'1
Insgesamt...			1.844'7	2.245'4	400'7

¹⁾ Geschätzte Importmengen für das Jahr 1953. — ²⁾ Einfuhrpreise frei Grenze; bei Brotgetreide wurde die Preiserhöhung für Lieferungen im Rahmen des Internationalen Weizenabkommens berücksichtigt.

Andererseits ist die im Voranschlag für Subventionen vorgesehene Summe von 1'2 Mrd. S sicherlich zu hoch kalkuliert, da die Weltmarktpreise zurückgegangen sind, der Importbedarf überschätzt wurde und Fettrohstoffe nicht mehr subventioniert werden. Diese Einsparungen dürften jedoch kaum mehr als 200 Mill. S betragen, so daß der Fiskus künftig — sobald die noch billig eingekauften Vorräte erschöpft sind — mit einem jährlichen Subventionsaufwand von 1'4 Mrd. S rechnen muß.

Diese Mehrausgaben sind für den Fiskus um so drückender, als ihm im Jahre 1953 ohnehin eine Reihe zusätzlicher Lasten aufgebürdet wurde. Gegenüber dem Voranschlag muß im Jahre 1953 um fast 1 Mrd. S mehr für Arbeitslosenversicherung, Angleichung der Altpensionisten, Wiedergutmachung an politisch Verfolgte und Besatzungskosten ausgegeben werden. Dazu kommen die Kosten für die Entvillierung der Beamtengehälter, mit der im Jahre 1953 zumindest begonnen werden soll. Andererseits kann der Finanzminister wohl mit Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleich (das Bundespräzipuum wurde von 400 Mill. S im Jahre 1952 auf 575 Mill. S im Jahre 1953 erhöht) und aus Steuern rechnen. Die dem Bund verbleibenden Steuereingänge waren im I. Quartal 1953 mit 2.710 Mill. S um 150 Mill. S höher als im Voranschlag und um 300 Mill. S höher als im I. Quartal 1952. Diese Mehreinnahmen decken jedoch nur teilweise die Mehrausgaben. Sofern es nicht gelingt, zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen — z. B. durch Valorisierung der Zölle im Ausmaß der Wechselkursänderung —, wird der laufende Haushalt des Bundes nur dann im Gleichgewicht gehalten werden können, wenn ein Teil der Ermessenskredite (für Förderungen und Investitionen) gesperrt wird. Es läßt sich voraussehen, daß die Erstellung eines realistischen Budgets für das Jahr 1954 auf große Schwierigkeiten stoßen wird.

Voraussetzungen für den Erfolg der Kursvereinheitlichung

Der Erfolg der Kursanpassung wird um so größer sein, je besser es gelingt, den vom Import ausgehenden Preisauftrieb einzudämmen und je besser die Exporteure die neuen Exportchancen nutzen.

Obwohl die Kursvereinheitlichung das heimische Preisniveau aus den früher erwähnten Gründen vermutlich nur wenig beeinflussen wird, scheint es ratsam, die Preisentwicklung genau zu verfolgen, um unerwarteten Reaktionen der Wirtschaft rechtzeitig begegnen zu können. Die Mahnung der Bundesregierung, Disziplin zu halten, und die Aufklärung der Öffentlichkeit über Sinn und Zweck der Kursvereinheitlichung haben spekulative Reaktionen großteils verhindert und damit die Voraussetzungen für einen geordneten Anpassungsprozeß der Wirtschaft geschaffen. Darüberhinaus sollte die Kreditpolitik in den nächsten Monaten vorsichtig operieren, damit auch von der Geldseite her ein Ausweichen in höhere Preise erschwert wird.

Die Verteuerung der Importe löst unvermeidlich einen höheren Geldbedarf aus, der zumindest teilweise

von den Kreditinstituten befriedigt werden muß. Die zusätzlichen Kredite für lebenswichtige Einfuhren sollten jedoch möglichst aus dem bestehenden Kreditvolumen abgezweigt werden. Finanzierten die Kreditinstitute nicht nur den höheren Geldbedarf für Importe, sondern gleichzeitig auch eine Ausweitung der kaufkräftigen Nachfrage im Inlande, so müßte mit einem stärkeren Preisauftrieb gerechnet werden, der nicht nur die Stabilität der Löhne gefährden, sondern auch die Exportchancen verschlechtern würde. Um einer solchen Entwicklung vorzubeugen, sollten insbesondere Lagerhaltungskredite nur im unbedingt notwendigen Ausmaß gewährt werden. Auch durch eine Reihe anderer Maßnahmen, wie z. B. durch eine großzügige Einfuhrpolitik, Zurückstellung der Zollvalorisation und Stabilisierung wichtiger Schlüsselpreise, könnte dem Preisauftrieb wirksam begegnet werden.

Die Wirtschaftspolitik sollte es weiters den Exporteuren erleichtern, den durch die Kursanpassung erzielten Kostenvorsprung gegenüber der ausländischen Konkurrenz zur Steigerung der Exporte auszunutzen. Liefere die Kursvereinheitlichung nur darauf hinaus, daß eine Reihe von Exportfirmen höhere Gewinne erhält, so hätte sie ihren Zweck verfehlt. Die volkswirtschaftliche Funktion höherer Exporterlöse besteht vielmehr darin, daß sie den Exporteuren die Möglichkeit bietet, ihre Exporte zu steigern und neue Märkte zu erobern. Die größeren Verdienstmöglichkeiten im Export sollten auch neue Firmen anregen, sich dem Exportgeschäft zu widmen. Der überwiegende Teil des Exports der österreichischen Wirtschaft wird gegenwärtig von einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Firmen getätigt, die sich auf das Exportgeschäft spezialisiert haben. Gelänge es, zusätzlich Firmen für den Export zu gewinnen, so könnte das Warensortiment der österreichischen Ausfuhr beträchtlich erweitert und ihre Krisenfestigkeit erhöht werden.

Eine Verbreiterung der Exportbasis stößt allerdings auf Schwierigkeiten. Das gegenüber dem Inlandsgeschäft höhere Risiko, unzureichende Kenntnis der ausländischen Märkte sowie das Fehlen des traditionellen Exportkaufmannes, der bereits auf kleine Preisdifferenzen reagierte und für kleine Firmen, die

sich keine eigene Exportorganisation leisten konnten, ein unentbehrlicher Helfer war, lassen befürchten, daß sich viele Betriebe nur bei hohen Gewinnchancen neu in den Export einschalten werden. Hier liegt für die amtliche und halbamtliche Exportförderung ein großes Aufgabengebiet. Durch sachkundige Beratung der exportwilligen Firmen, Ausbildung geschulter Exportkaufleute und andere exportfördernde Maßnahmen könnte die Reaktion der Wirtschaft auf Preisvorteile im Außenhandel stark beschleunigt und die Wirkung der Kursanpassung gesteigert werden.

Auch die Exportmethoden der einzelnen Firmen sind vielfach verbesserungsbedürftig. Die Exportfähigkeit vieler Fertigwaren hängt nicht nur vom Preis, sondern auch von der Qualität der Erzeugnisse, von den Werbemethoden, von der technischen Beratung und Betreuung der Kunden, von der Schaffung von Reparaturwerkstätten und Ersatzteillagern sowie von einer Reihe anderer, die reine Preiskonkurrenz modifizierender Faktoren ab. Viele Erzeuger von Investitionsgütern, die auch zum alten Kurs noch exportfähig waren, verdanken ihre Konkurrenzfähigkeit grobteils dem Umstand, daß sie ihre Kunden durch ein ausgebautes System von zusätzlichen Dienstleistungen betreuten. Die Bildung von Exportringen zum Zwecke der gemeinsamen Betreuung der Auslandsmärkte für Firmen, die sich allein keine kostspielige Exportorganisation leisten können, läßt erkennen, daß die österreichische Industrie diesen Faktoren größeres Augenmerk zuzuwenden beginnt.

Für den Erfolg der Kursanpassung ist schließlich entscheidend, daß sie als endgültig betrachtet wird. Wenn die Exporteure damit rechnen, daß der neue Einheitskurs wieder durch Ausnahmebestimmungen durchbrochen wird, besteht für sie kein Anlaß, sich den gegenwärtigen Angebots- und Nachfragebedingungen anzupassen und ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Rationalisierungsmaßnahmen und intensive Exportbemühungen zu sichern. Die österreichische Wirtschaftspolitik sollte daher die zur Milderung von Härten unvermeidlichen Übergangsmaßnahmen so gestalten, daß an ihrer festen Absicht, den neuen Einheitskurs zu halten, kein Zweifel besteht.